



Stadtratsfraktion Pirmasens

DIE LINKE Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Bernhard Matheis
Postfach 2763

66933 Pirmasens

**Am Immenborn 6
66954 Pirmasens**

Telefon: 06331/227214

Mail: info@linksfraktion-ps.de

Internet: www.linksfraktion-ps.de

Antrag zur Stadtratssitzung am 15. November 2010

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

28. Oktober 2010

DIE LINKE Stadtratsfraktion bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 15. November 2010 zu setzen:

Der Stadtrat der Stadt Pirmasens möge beschließen:

Übernahme Zusatzbeiträge Krankenkassen – in Vorlage treten

Der Stadtrat möge beschließen:

Das Amt für Jugend und Soziales übernimmt vorübergehend die Zahlung der Zusatzbeiträge zu gesetzlichen Krankenversicherungen in Höhe von 8 Euro monatlich. Bezugsberechtigt sind alle Hilfeempfänger aus dem Regelkreis des SGB II und SGB XII, sowie Personen im Wohngeldbezug und im Bezug des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Dafür werden aus dem Haushalt der Stadt Pirmasens kurzfristig Mittel zur Verfügung gestellt. Die Zahlungen erfolgen solange, bis die Beiträge von der Agentur für Arbeit geleistet werden oder eine anderweitige gesetzliche Regelung in Kraft tritt.

Begründung:

Viele gesetzliche Krankenkassen fordern inzwischen Zusatzbeiträge in Höhe von 8 Euro monatlich. Die Zusatzbeiträge zur GKV sind in den Regelsätzen nicht berücksichtigt und stellen eine zusätzliche Belastung für die Betroffenen dar, die an anderer Stelle eingespart werden muss. Die Härtefallregelung der Bundesagentur für Arbeit für die Übernahme der Zusatzbeiträge wird sehr restriktiv gehandhabt. Eine Übernahme der Zusatzbeiträge erfolgt in der Regel nicht. In den meisten Fällen wird ein Wechsel der Krankenkasse empfohlen. Dabei wird nicht beachtet, dass die meisten gesetzlichen Krankenkassen früher oder später Zusatzbeiträge erheben werden und somit das Problem der Nichtberücksichtigung der Zusatzbeiträge in den Regelsätzen nicht gelöst werden kann.

Eine längerfristige Belastung des städtischen Haushaltes ist nicht erwarten. Eine Sprecherin des Bundesministeriums hat gegenüber BILD am 9. Februar 2010 erklärt, dass eine Gesetzesänderung zur pauschalen Übernahme der Zusatzbeiträge durch die Agentur für Arbeit angestrebt wird. Wörtlich: „Ein angemessener Versicherungsschutz kann nicht zu Lasten der Regelsätze gehen.“ Dieser Meinung schließt sich DIE LINKE an.

Auch Sozialverbände wie der SoVD kritisieren die geltende Härtefallregelung als „völlig unzureichend“ und sehen den Anspruch auf Gewährleistung des sozio-kulturellen Existenzminimums dadurch unterlaufen.

Bundesministerin von der Leyen hat sich inzwischen mehrfach für eine staatliche Übernahme der Zusatzbeiträge ausgesprochen und eine gesetzliche Regelung angekündigt, sodass die Übernahme der Zusatzbeiträge durch das städtische Amt für Jugend- und Soziales als vorübergehender Beitrag zur Hilfe in besonderen Lebenslagen zu betrachten ist.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

.....
(Frank Eschrich, Vorsitzender)

.....
(Fritz Wirth, stellv. Vorsitzender)